

Information zu der Verarbeitung

"Elektronisches Beschaffungsportal zur Abwicklung von Vergabeverfahren (eVergabe)" gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien
Telefon +43 1 531 26-0
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Die Daten werden zum Zweck der elektronischen Kommunikation zwischen Unternehmern und dem Bundesministerium für Inneres als öffentlicher Auftraggeber für die Durchführung von Vergabeverfahren verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Haushalts- und finanzrechtliche Regelungen des Bundes, insb. Bundeshaushaltsgesetz, Bundeshaushaltsverordnung, Bundesvergabegesetz, Bundesvergabegesetz Konzessionen und Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die Einzelprozesse werden entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungs- oder sonstigen Skartierungsvorschriften aufbewahrt.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Alle mit einer Beschaffung direkt und indirekt befassten Personen; alle Personen und Einrichtungen (insbesondere das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, <https://www.data.gv.at> sowie die Bundesministerin für Justiz), die im Rahmen der Geschäftstätigkeit zu befragen sind.

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43-1-52-152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs 1 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Artikels 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Artikels 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Artikels 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Artikels 18 DSGVO.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht nach Maßgabe des Artikels 20 DSGVO.

Hinsichtlich der nach dem Bundesvergabegesetz idgF verarbeiteten Daten besteht kein Widerspruchsrecht gemäß Artikel 21 DSGVO.